

## GEMEINDEVERWALTUNG KNITTELFELD

# Ein vernichtendes Urteil

In der Gemeinde Knittelfeld ist im Vorjahr überraschend ein Konto mit einem Minus von 3,6 Millionen Euro aufgetaucht. Eine Prüfung durch das Land wurde angeordnet und ergab ein vernichtendes Urteil über die Gemeindeverwaltung.

Der Bericht wurde in einer 6-stündigen Gemeinderatssitzung präsentiert, danach wurden die Ansichtsexemplare vernichtet. Nur durch massiven Druck der drei KPÖ-Gemeinderäte wurde erreicht, dass der Bericht im Gemeinderat noch ausführlich diskutiert wird. Der SPÖ-Bürgermeister Siegfried Schafarik hatte dies zuerst verweigert.

Dabei beinhaltet der Bericht genug Diskussionsstoff: Das Geheimkonto existiert seit 1993 und wurde im Rechenwerk der Gemeinde verschleiert. Das Konto wurde vom inzwischen verstorbenen Finanzdirektor geführt. Nachdem auf Belegen bis zu sechs verschiedene Unterschriften aufscheinen, schließt der Be-

richt, dass mehrere Personen vom Konto wussten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Gemeindefunktionäre, ob es zur Anklage kommt, ist offen.

### Die Gemeinde als Melkkuh

Sowohl das reguläre Gemeindekonto als auch das Geheimkonto wurden regelmäßig weit überzogen. Die verrechneten Kreditzinsen waren viel höher als marktüblich, die Gemeinde erlitt einen gravierenden finanziellen Schaden. Diese Praxis der hohen Zinsen ist völlig unverständlich, da Knittelfelder Gemeindefunktionäre in wichtigen Gremien der Bank gesessen sind und sogar Eigentümerfunktionen ausgeübt haben. Es stellt sich die Frage, wessen Interessen sie in dort wahrgenommen haben; die Interessen der Gemeinde offensichtlich nicht. Dazu kommt, dass die KPÖ jahrelang darauf hingewiesen hat, dass die Gemeinde zu hohe Kreditzinsen zahlt.

Neben der Geldvernichtung zum Schaden der Gemeindegewerinnen und -bürger



Nach dem Verkauf der Sparkasse tauchte dort ein überzogenes Geheimkonto der Stadt auf.

deckte das Land zahlreiche andere Ungereimtheiten auf, z.B. bei der Landesausstellung in Knittelfeld. Hier gab es enorme Budgetüberschreitungen ohne eine Gesamtabrechnung.

Knittelfeld ist eine Gemeinde mit SPÖ-Zweidrittelmehrheit. Kritik von der Opposition wurde oft als „Querulantenrum“ abgetan. So hat KPÖ-

LABg. Renate Pacher, die in Knittelfeld Gemeinderätin ist, in Sachen Landesausstellung Gemeinderat und Land schon frühzeitig über Überschreitungen informiert – die Warnungen wurden damals leider nicht ernst genommen. „Wäre das Land schon damals aktiv geworden, wäre vielleicht das Geheimkonto früher aufgefliegen“, meint sie.

## Kein Platz für Sexismus

Sexistische Aktionen sind in ÖVP-Kreisen in letzter Zeit offenbar gefragt. Bei der Verleihung des Gesundheitspreises durften Preisträger halbnackte Frauen von Bademänteln „befreien“, bei der Eröffnung des Feuerwehrmuseums in Groß St. Florian



LABg. Claudia Klimt-Weithaler initiierte Landtagsbeschluss.

waren Frauen im knappen Bikini plus Feuerwehrgürtel als optischer Aufputz da. Verantwortlich zeichneten VP-Wirtschaftskammermann Wolfgang Kasic und Ex-ÖVP-Landtagspräsident Reinhold

Purr. Grund genug für einen Antrag der KPÖ, wonach alle Veranstaltungen und Projekte, die mit öffentlichem Geld gefördert werden, „in Zukunft auf diskriminierende, sexistische und rassistische Inhalte verzichten müssen“, so die KPÖ-Abgeordnete Claudia

Klimt-Weithaler, „denn Frauen werden in letzter Zeit immer öfter auf Objekte männlicher Begierden reduziert“. Der Antrag wurde von allen angenommen; auch von VP-Mann Kasic.

## KÖFLACH

# Gemeinde will 330 Wohnungen verkaufen

Köflach will Finanzkrise durch Verkauf von Gemeindewohnungen überwinden.

Köflach ist quasi pleite. Doch das ist nicht das Ende allen Übels. Nun denkt die Stadt daran, 330 Gemeindewohnungen zu verschern; Marktwert sind fünf bis 10 Millionen Euro.

Die SPÖ-dominierte Stadtgemeinde Köflach steht knapp davor, 330 Gemeindewoh-

nungen zu verkaufen. Den Bewohnern drohen höhere Mieten, da private Investoren mehr auf Gewinn bedacht sind als die Gemeinde.

„In Graz und in der Steiermark würden wir aber im Gegenteil mehr Gemeindewohnungen brauchen, um dringende Wohnbedürfnisse zu befriedigen und um regulierend auf die Entwicklung der Mieten einwirken zu können“, meint KPÖ-Landesvorsitzender Franz Stephan Parteder.